

<https://www.welt.de/wirtschaft/article224522826/Zwangs-Ladepausen-fuer-E-Autos-Altmaier-hat-es-sich-anders-ueberlegt.html>

WELT

HOME WELTPLUS LIVE-TV MEDIATHEK POLITIK WIRTSCHAFT SPORT PANORAMA

Zwangs-Ladepausen für E-Autos – plötzlich pfeift der Minister seine Leute zurück

Stand: 17.01.2021 | Lesedauer: 4 Minuten

Von **Philipp Vetter**, Wirtschaftskorrespondent

Bundwirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zieht die umstrittenen Änderungen beim Energiewirtschaftsgesetz vorerst zurück

Wirtschaftsminister Altmaier reagiert auf Recherchen von WELT AM SONNTAG und zieht einen umstrittenen Gesetzentwurf zurück. Ursprünglich sollten Stromanbieter Elektroautos ferngesteuert den Saft abdrehen können. Davon will man jetzt nichts mehr wissen.



Es dauerte nur wenige Stunden, bis Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) seine Mitarbeiter zurückpfeift. Am Sonntagmorgen hatte WELT AM SONNTAG über einen Gesetzentwurf aus Altmaiers Ministerium berichtet, der es Stromanbietern erlauben wollte, Besitzern von Elektroautos täglich bis zu zwei Stunden Zwangsladepause zu verordnen, wenn sonst eine Überlastung des Netzes drohen würde.

Nicht nur E-Fahrzeugen, auch Wärmepumpen und Nachtspeicherheizungen sollte ferngesteuert der Saft abgedreht werden. „Spitzenglättung“ sollte die Zwangspause im Paragraf 14a des geänderten Energiewirtschaftsgesetzes heißen.

Doch um 9.55 Uhr am Sonntag ließ Altmaier seine Leute zurückrudern. „Es handelt sich um einen Entwurf der Arbeitsebene, der nicht die Billigung des Ministers gefunden hat“, teilte seine Sprecherin mit und nahm Bezug auf den Bericht von WELT AM SONNTAG.

Der Entwurf war eigentlich fertig ausgearbeitet

Doch es ging keineswegs um reine Gedankenspiele einzelner Mitarbeiter. Der Entwurf lag fertig ausgearbeitet vor und war sogar auf der Internetseite des Ministeriums veröffentlicht worden. Die betroffenen Verbände sollten Stellungnahmen zu dem geplanten Gesetz abgeben.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) hatte bereits ein ausführliches Papier dazu aufgesetzt, das WELT vorliegt und in dem die geplante Regelung als verbraucherunfreundlich abgelehnt wird. „Was Spitzenglättung genannt wird, bedeutet für die Kunden leider Abschalten“, hatte auch die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, in WELT AM SONNTAG kritisiert. „Wenn das kommt, wäre es sehr schlecht

für alle Besitzer von E-Autos und die Unternehmen, die jetzt E-Autos auf den Markt bringen.“

TEURE ENERGIEWENDE

Die Deutschen zahlen jetzt die mit Abstand höchsten Strompreise der Welt

Das Wirtschaftsministerium habe einen „einseitigen Vorschlag zugunsten der Energiewirtschaft“ vorgelegt, sagte Müller, das gefährde die Akzeptanz von E-Autos. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) hatte sich für die von Altmaiers Ministerium geplante „Spitzenglättung“ eingesetzt, weil so die Kosten für den notwendigen Netzausbau durch die Energieunternehmen gesenkt würden.



Könnten die Anbieter neue Verbraucher wie Elektroautos oder Wärmepumpen bei Bedarf einfach ferngesteuert vom Netz nehmen, bliebe dieses auch in Zeiten hoher Nachfrage und wenig Stroms aus erneuerbaren Quellen stabil. „Es ist ineffizient, die Netze so auszubauen, dass auch noch in absoluten Spitzenzeiten die letzte Kilowattstunde geliefert werden kann, wenn eine kleine zeitliche Verschiebung des Verbrauchs ohne Komforteinbußen für die Kunden möglich ist“, sagte BDEW-Chefin Kerstin Andreae WELT AM SONNTAG. Der Gesetzentwurf des Ministeriums sei Ergebnis eines „langen gutachterlich gestützten Prozesses“, bei dem auch Alternativen zur Spitzenglättung geprüft und verworfen worden seien.

Überarbeitung könnte nun ganz schnell gehen

Das sieht VDA-Präsidentin Müller völlig anders: „Netzbetreiber dürfen nicht das Recht erhalten, Kunden einfach den Strom abzudrehen“, sagte sie. „Netzstabilität ist wichtig – lässt sich aber mit unseren Vorschlägen besser garantieren und gefährdet den Ausbau der Elektromobilität nicht.“

Beim BDEW dreht man das Argument herum: „Die Spitzenglättung sorgt dafür, dass man jederzeit und überall schnell Elektroautos an das Netz bringen kann“, sagte Andreae. „Ohne diese Regelung ist nicht auszuschließen, dass Netzbetreiber erst nach einem Netzausbau weitere Anschlüsse genehmigen können.“

Im Wirtschaftsministerium will man sich angesichts des harten Ringens der Lobbygruppen nun plötzlich doch noch nicht festgelegt haben: „Bundesminister Altmaier legt größten Wert darauf, dass der Hochlauf der Elektromobilität schnell und für alle Beteiligten verlässlich erfolgt“, behauptet seine Sprecherin am Sonntagmorgen.

„Er wird in den kommenden Tagen diesbezüglich sowohl mit den Fahrzeugherstellern als auch mit den Netzbetreibern Gespräche führen und danach einen neuen Vorschlag vorlegen, der für alle Beteiligten akzeptabel ist.“ Man habe schon am Freitag entschieden, den Gesetzentwurf wieder zurückzuziehen, und ihn von der Internetseite des Ministeriums genommen.

TESLA & CO

Das E-Auto und die offene Entsorgungsfrage

Doch davon war am späten Freitagnachmittag noch keine Rede. Als WELT AM SONNTAG das Ministerium mit den Recherchen konfrontierte, teilte die Sprecherin lediglich mit, es gebe derzeit „verschiedene Ansätze und Diskussionsvorschläge“, wie man die Stabilität der Stromnetze aufrechterhalten könne. „Aktuell gibt es noch keine abschließende Entscheidung, mit welchem Ansatz das Ziel bestmöglich erreicht werden kann.“

Von einer möglichen nochmaligen Überarbeitung des Entwurfs war lediglich in Regierungskreisen zu hören. Dort hieß es, die Spitzenglättung bleibe wohl im Gesetz, allerdings könnte die Definition geändert werden, welche Verbraucher abgeschaltet werden dürfen. Elektroautos und Wärmepumpen könnten herausgenommen werden. Nach dem Bericht der WELT AM SONNTAG könnte es nun ganz schnell gehen mit der Überarbeitung des ursprünglichen Entwurfs.
